

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — **Verlagspreis:** 60 Groschen monatlich, einschließlich Postgebühren. — Bestellungen nehmen alle postfähigen Buchhändler, Verleger und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Einzelne, Briefe, Adressen und Bestellungen gelangen zum Verlag von der Postamt für Vergrößerung und Entschärfung.

Anzeigenpreis: Für die schmalste Linie 10 Groschen. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — **Verlagsadresse:** Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — **Verlag:** Hermann der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — **Schriftleitung:** Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — **Verlagsnummer:** Nr. 1277.

Nummer 17

Halle a. S., 24. April 1926

2. Jahrgang

Umgruppierung.

Die Politik des labilen Gleichgewichts. — Große Koalition oder Bürgerblock? — Dr. Scholz beim Brückenschlag. — Die ewige Wiederkehr des Gleichen. — Der Sachsenkonflikt. — Intrigant, nicht Heldenvater. — Volksentscheid oder Kompromiß? — Locarno oder Roskau. — Corrigir la fortune. — Befähigung für die Völkerehrer. — Die Bedrohung Abessinien. — Der Draht London-Rom. — Gilt es Tunis? — Romanenblock gegen Germanentum. — Undankbarkeit gegen England. — Sich kreuzende Fäden, sich kreuzende Schwerter. — Das vorsichtige Angora. — Russische Bündnisbereitschaft.

Wichtiges Ziel aller Politik nach innen und außen ist die Befähigung eines labilen Gleichgewichts. Nur wo die Kräfte sich die Waage halten, ist ruhige Entwicklung gewährleistet. Selbstverständlich kann Gleichgewicht kein Dauerzustand sein, es muß täglich in mühseligem Ringen neu geschaffen werden, denn Leben ist Kampf, ist Ansturm und Abwehr. Zwischen beiden die Mitte innehalten, bedeutet im Dasein des Einzelnen wie der Völker höchste Meisterhaftigkeit. Niemand von uns war sich im Unklaren darüber, daß die Kabinettsbildung im Anfang des Jahres nur einen Scheinzustand herbeiführen konnte. Zahlenmäßig zu schwach, um selbst zu regieren, konnte sie nur Mühseligkeiten geben. Mehrheiten mußten von Fall zu Fall gefunden werden, wobei gerade die Mitte die Möglichkeit besitzt, das Schwergewicht bald auf die eine, bald auf die andere Seite zu verlegen. Vorzügliches Beispiel spricht von großer Koalition, ebenso brüderliches Verhalten. Das eine ist so falsch wie das andere. So nach dem Aufgange wird die eine oder andere Kombination in die Geschichte treten, und gerade darin liegt der Vorteil der gegenwärtigen Koalition begründet. Nach links schlagen die Demokraten, nach rechts die Volkspartei der Brüder.

So hat es auch Dr. Käß in Gitta gemeint, als er seine Zusammenarbeit grundsätzlich ablehnte. Bindung aber würde bedeuten, daß man andere abstoße. Und deshalb wehren wir uns gegen Verträge, die Deutschland an die Regierung anzuheften. Das wäre eine Kriegserklärung gegen die Sozialdemokraten und würde die Mitte in das Schlepptau jener Elemente bringen, die Locarno vernichten. Herr Dr. Scholz ist mit seinem Freunde von Kardoff, der vor noch nicht allzu langer Zeit noch so ganz anders dachte, redlich bemüht, die Parteien nach rechts zu zerren, und dort schon einige Sprünge gemacht. Nicht alle. Ein Teil sieht sich regierungsunfähig, was wir ihm gerne beistimmen. Eine Meinung der Deutschnationalen wäre nun umsonst ganz recht, aber die Bekehrung hält dort erfahrungsgemäß nicht allzu lange vor. Es geht über ihre Kraft, dauernd in Reich und Glied zu marschieren. Eine neue Krise, mit mühseligem Herausbeschwören, würde sich auf die Einzelnen nicht beschränken. Als Herr Scholz den gleichen Versuch erfolgreich machte, hat er für ein Jahr ein Kabinettsministerium gebaut, dann stürzte es ein. Offenbar laßt ihn die ewige Wiederkehr des Gleichen.

Ein Berliner Blatt, das hoffnungslos zwischen Volkspartei und Deutschnationalen hinderspielt, bis sich der Chefredakteur einmal menschenmäßig orientiert hat, erzählt seinen aufrührerischen Lesern, die Sozialdemokratie erhebe dauernd neue Opfer von der Mitte und wühle tiefer weiter. Ganz stimmt es nicht, denn sie hat in der letzten Zeit tapfer mitgearbeitet, aber bis zu einem gewissen Grade kann man das schon zugeben. Das liegt in der Natur der Sache, und der Sachsenkonflikt zeigt, daß Herr Müller-Krantz sich öfter einmal nach dem Nachstrampfen umsehen muß, der sonst still und leise zu den gegenwärtigen Kommunisten absehwert. Gilt das aber nicht auch von den Deutschnationalen? Sie möchten schon gerne, schließlich ist die Zutterkrappe eine Waise wert, aus der Opposition heraus, um die Fortteile tätiger Mittelschicht zuzugewinnen, aber ohne den Nutzen hemmungsloser Agitation preiszugeben. Auch hier ein Gleichgewicht der Kräfte, nur daß es nicht fördert, und seiner Entwicklung dient.

Krise im Gange. Im Gange ist eigentlich nicht richtig, denn es ist ein Schleiden hinter der Bühne. Nicht der Helldarsteller, sondern der Intrigant bestimmt den Akt. Das erste Stück, das mit dieser doppelten Befragung auf und hinter der Szene gegeben wird, heißt Führenabfindung. Verfassungsändernde Mehrheit ist nötig, so will es das Gutachten des Reichspräsidentenratums, dem sich das Kabinett angeschlossen hat. Hier tritt die Jurisprudenz lässlich und anerkennenswert mit politischer Taktik zusammen. Zwang ist bisweilen gut, wenn die Einsicht nicht ausreicht, wird er sogar zur Notwendigkeit. Woju die Rechte oder Linke von der Verantwortung entlasten. Fällt das Kompromiß, und am Totalfall stehen die Werten 10:1, so trägt die Sozialdemokratie, hat sie die Verantwortung bewahrt, die Schuld daran, wenn die Fäden alles bekommen, was sie großzügig fordern. Denn nicht ist der Ausgang des Volksentscheides heute noch nicht. Geht er aber ans Ziel, nachdem die Deutschnationalen

len sich einem vernünftigen Vermittlungsversuch verweigert haben, so mögen sich die Herren von Coering mit den Juristen darüber auseinandersetzen, denen sie dann alles genommen haben.

Die zweite Tragödie auf der politischen Bühne Deutschlands ist die außenpolitische Debatte, die bald zu erwarten steht. Die Rechte lehnt Locarno ab — falls sie nicht inzwischen auf völkerehrerischen Krüden in die Wilhelmstraße eingezogen ist, Vorüberänderung bewirkt Wunder — während sie unfernen Verhandlungen mit Herrn Fischl'scher freundliches Verständnis entgegenbringt. Die Sozialdemokratie aber will von den Russen nichts wissen, fürchtet offenbar, auch sie könnte wie Herr Höllein und Frau Zeitlin Direktoren aus Moskau dann bekommen. Der Reichspräsident selbst läßt ja mit dem russischen Volkstammliche blühende Abrechnung gehalten. Sämtlich im Recht, denn der Zeit-Zustand ist tatsächlich grotesk, aber in der Politik werden Schicksalsfehler nicht allzu hoch berechnet. Und zwischen den Brüdern rechts und links steht Herr Dr. Stresemann als Mittelschicht in der Mitte. Bedenkenwert ist seine Stellung nicht. Vielleicht sprechen ihn die Gegner weniger als die Freunde.

Ein Spiel mit mehreren Akteuren nannten wir unsere Außenpolitik. Noch hatten wir die Wälle in der Hand und lassen uns weder durch fremdliches Ansehen, noch durch fündige Drohungen führen. Klare Erkenntnis aber besagt, daß dieses Spiel eben nur ein Spiel und daher nur vorübergehend sein darf. Früher oder später muß eine Entscheidung fallen. Den Augenblick gilt es zu ergreifen, wo sich die Dinge so weit entfalteten haben, daß man mit Sicherheit jagen darf; West- oder Ost-Orientierung. Auch in der Politik gilt der Satz, man kann nie wissen. Schon Bismarck, der doch einigermaßen das Handwerk verstand, meinte, und zwar nicht nur gelegentlich, man solle der Vorziehung nicht in die Karten gucken. Leistung würde das mit corrigir la fortune übersehen. So ein Kleinewind mißt man selber die Karten.

Unendlich viel ist in diesen letzten Wochen über unser Vorgehen geschrieben worden. In allen Sprachen der Erde. Wiedererpricht der Vertrag mit Moskau, der übrigens noch gar nicht geschlossen ist, den Abmachungen von Locarno, die noch nicht in Kraft getreten sind? Bei der Möglichkeit unfernen Auswärtigen Amtes kann man die Frage vernichten, ohne Gedrucktes vor sich zu sehen. Aber warum soll man nicht hier ein klares Entweder — Oder aussprechen, warum nicht die Alternative stellen, entweder wird der Geist von Locarno materialisiert, oder wir wenden uns einer anderen Richtung zu. Ein Scheinzuwachs gewiß, ein labiles Gleichgewicht, dem eine Umgruppierung einmal folgen wird. Die Tatsache steht fest, nur ist der Termin im Kalender noch nicht angedeutet. Liegt nicht an uns. Chaotisch mutet die Politik Europas an. Immer neue Bündnisse werden geschlossen, das eine gegen das andere, und es wird einmal Sache der Juristen sein nachzuprüfen, welche im Ernstfalle verlegt

Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht immer dasselbe.

worden sind. Fürcht vor Befähigungslosigkeit brauchen die Hüter des Völkerehrer nicht zu haben. So geschürzt ist der Knoten, daß er sich nicht mühelos auflösen lassen wird. Ein Alexander wird ihn durchhauen und es braucht nicht einmal einer zu sein, dem die Weltgeschichte den Beinamen der Große gibt. Schon ein Mussolini genügt. Der stolpert nicht über Paragraphen und ähnliche Zwirnsfäden. Seine Kolonialpolitik wird jetzt in den Umriszen klar erkennbar. Der letzte selbständige Staat in Afrika fällt ihm zum Opfer. Natürlich nur wirtschaftliche Durchdringung. So nennt man das diplomatisch. So nannten auch die Franzosen ihren ersten Zug nach Marokko. Nichterner Sprachgebrauch versteht das Durchbringen anders. Hut durchdringt den Boden. Wenn man jetzt mit Abd el Krim Frieden schließt, wird man ja in Paris und Madrid Zeit haben, die Kassenrechnungen nachzuprüfen und wird finden, daß solche friedliche Durchdringung eine recht anerkennenswerte Sache ist.

Und noch eines ist klar geworden. Zwischen Rom und London spielte der Draht, die der Duce in Tripolis den Araberhengst befreit. Wieder sind die Juristen an der

Arbeit, um zu beweisen, daß das Abessinien-Abkommen von 1906 nicht verletzt worden ist. Vermutlich werden die französischen Juristen anderer Ansicht sein. Das Jahr 06 spielt in der italienischen Geschichte überhaupt eine Rolle. 1896 die Niederlage in Abessinien bei Adua, 1906 das Abkommen mit Frankreich und England, 1916 der Eintritt in den Weltkrieg und die Aufrollung der afrikanischen Frage. In Paris rüdt man auf den Säulen unruhig hin und her. Gilt es wirklich nur um Abessinien? Unvorsichtige Äußerungen der Presse weisen auf Tunis hin, und ein ganz verständiger französischer Journalist schrieb vor wenigen Tagen, man solle Deutschland und Italiens Expansionsdrang freundlich befriedigen, ehe er sich gemaltam entlastet. Begeistert nahm der Weglänger diese Zueignung auf. Die kolonialen Mandate müssen neu verteilt werden, aber da sie Deutschland abgenommen worden sind, läme nur Italien in Frage. Die Logik ist zwingend. Tatsächlich, denn das gleiche Blatt schrieb, ein Bloß der Romanen gegen die Germanen sei unbedingte Notwendigkeit. Der Diktator in Rom wird diese lebenswichtige Bosselt gegen England wohl kaum mit sonderlichem Behagen gelesen haben.

So kreuzen sich die diplomatischen Fäden und niemand bestimmt mit Sicherheit voraus, ob es bei den Fäden bleibt, oder sich nicht auch eines Tages die Schwerter kreuzen. In Angora ist man jedenfalls dieser Meinung und macht vorfischlicher langsam mobil. Sicher ist sicher. In Moskau läßt man vermutlich nachdenklich. Der Neutralitätsvertrag mit der Türkei, und es gibt heute nur Neutralitäts- und Defensivverträge, könnte dann eines Tages eine besondere Bedeutung erhalten. Was garnicht ungnädig wäre, denn die Rechtsnachfolger des Germanentums haben in den Archiven gefast, daß man innere Schwierigkeiten an besten durch Vorzüge nach außen überwindet. Und die inneren Schwierigkeiten wachsen beträchtlich. Geld fehlt, was auf die Dauer auch ein antikapitalistischer Staat nicht aushalten kann.

Nach ist das labile Gleichgewicht vorhanden, aber die Stiforker spielen die Federn. Sie schießen Kommendes. Richard Man.

Der kleine Mussolini.

Aus Bauernbündlerkreisen schreibt man uns:

Seit Herr Dr. Böhm aus der Deutschen Demokratischen Partei ausgeschieden ist, kann er es nicht unterlassen, bei allen Gelegenheiten der D. D. P. einen Fußtritt zu verlegen. Ob das aus Rache geschieht, weil die demokratische Partei Herrn Dr. Böhm kein jüdisches Reichstagsmandat anbot oder ob das andere Gründe sind, mag dahingestellt bleiben. Fest steht, daß Herr Dr. Böhm ohne jeden Anlaß und sachlichen Grund die Deutsche Demokratische Partei und ihre Führer systematisch belästigt. Und warum? Für mich als Bauernbündler gibt es nur die Erklärung: Dr. Böhm spielt im Bauernbund gern die Rolle eines unumschränkten Herrschers. Es könnte für ihn gefährlich werden, wenn die politisch stark interessierten und aufgeweckten demokratischen Bauern ihm allzu sehr in seine Karten schauten. Mit der Macht des Herrn Dr. Böhm könnte es dann schließlich auch mal ein Ende haben und das wäre für einen Mann vom Schlage eines Dr. Böhm sehr bitter. Aber innerhalb des letzten Jahres die Zeitchrift „Deutscher Bauernbund“ aufmerksam gelesen hat, der wird meine Auffassung durchaus teilen. Alles, was die D. D. P. in Bezug auf Eublung, finanzielle Erleichterung für die kleinere und mittlere Landwirtschaft in Reich und Staat unternimmt, das wird bestimmt von Herrn Dr. Böhm totgeschwiegen; dagegen alles das, was die großgrundbesitzerfreundliche Volkspartei unternimmt, in schmachtiger Weise veröffentlicht. Ich erinnere an die Debatten des Zollkommissionen und an die Reden der Abgeordneten Freiherr von Nisthosen und Dietrich-Baden. Beide Herren haben, wie jeder Bauernbündler weiß, stets für die Belange der kleinen Landwirtschaft gekämpft. Das wird von Herrn Dr. Böhm zwar kleinlaut anerkannt; um aber die Reden abzuschwächen, bringt man eine Bemerkung dahingehend, daß die Ausführungen dieser Herren sich vornehmlich von den demagogischen Versammlungsreden der Abgeordneten Koch und Wüders unterscheiden. Ich will auf diese Bemerkung nicht weiter ein-

gehen, obwohl hier vom Standpunkt eines kleinen Landwirts einiges zu sagen wäre. Herr Dr. Böhme hat anscheinend noch keine Reden gelesen von volksparteilichen Abgeordneten, die aus den Bauern- und Angestelltenkreisen kommen. Wir empfehlen ihm diese Studien, damit er in der Lage ist, bei passenden Gelegenheiten auch diese demagogischen Reden zu erwähnen oder die mehr als Bauerneindringlichen Reden der volksparteilichen Verbundführer in seinem Bauernbund etwas schärfer zu kritisieren.

„Der schamlose Vorkriegszustand einer völligen Befreiung von der Einkommensteuer eines großen Teiles, die leicht der überwiegenden Mehrheit des Großgrundbesitzes ist wiederhergestellt, während die Bauern zahlen.“

Auch in einer Verammlung in Magdeburg wurde gegen diese steuerliche Bevorzugung protestiert. Aber Herr Dr. Böhme, wenn man den Bauern helfen will, kann man unmöglich mit den Freunden des Großgrundbesitzes politisch an einem Strang ziehen. Sie haben das in Ihrem Aufsatz „Die Deutsche Demokratische Partei und die Landwirtschaft“ so treffend auseinandergesetzt und mit dem größten Nachdruck die Verdienste der D. D. P. hervorgehoben. Soll sich die D. D. P. so geändert haben, daß sie für den freien Bauernstand nichts übrig hat? Vor mir liegt eine Anzahl Anträge der Abgeordneten Meinde und Rönneburg der demokratischen Reichstags- und Landtagsfraktion, die, um mal ein Wort von Ihnen Herr Dr. Böhme zu gebrauchen, vorteilhaft abhelfen von den Anträgen der Deutschen Volkspartei. Ich bin davon überzeugt, daß der Artikel „Siedlung“ von Dieckmüdersdorf, W. D. P., bei Ihnen Wunder erzeugen wird. Innerlich werden Sie sich schon sehr freuen, daß die Deutschnationale Volkspartei sich zur Siedlung bekennen will und — erklären Sie nicht — einen entsprechenden Antrag gestellt hat. Sie werden wohl recht bald auf die Unterstützung der Demokraten verzichten können. Ihre Freunde von rechts tun Ruhe und damit ist Ihnen so getan.

Um Ihre Zukunft brauchen Sie nicht lange zu sein. Die Morgenröte strahlt Ihnen entgegen und der Bauernbund im Bezirk Magdeburg-Anhalt ist sehr bemüht, Ihnen wieder ein Reichstagsmandat zu vermitteln, damit Sie zufriedener Ihre Tätigkeit ausüben können. Die Vorstandssitzung des Deutschen Bauernbundes vom 30. Dezember 1925 in Magdeburg hat eine Entschiedenheit angenommen, die Ihnen ja vorliegen wird, gegen Herr Böhme, in der es heißt:

„Die zum Bezirk Magdeburg zusammengeschlossenen Kreisvereine Wolmirstedt, Calbe, Rehalbenleben, Zerishow I und Wanleben glauben, für die Reichstagswahlen unbedingt wieder die Kandidatur des bewährten Hauptgeschäftsführers Dr. Böhme, ohne Rücksicht auf parteipolitische Wünsche, fordern zu müssen. Herr Dr. Böhme hat in den 20 Jahren, die er für den Deutschen Bauernbund im Kampf und politischen Leben gestanden hat, seine ganze Arbeitsskraft für unser Wohl und Wehe eingesetzt und dabei sehr geleistet, als je ein anderer.“

Wir glauben, daß Herr Dr. Böhme diesen, unter aller Beachtung erfüllen wird und uns so Gelegenheit gibt, unsere große Dankeschuld auch ihm gegenüber, wenigstens zum Teil, abzutun.“

Herr Dr. Böhme, seien Sie nachsichtig und schenken Sie Ihren Freunden aus Magdeburg-Anhalt ihre Bemühungen nicht ab. Es gilt, Ihnen eine verdiente Dankeschuld abzutun.

Anmerk. d. Schriftl.: Wir haben diese Ausführungen aufgenommen, obwohl wir die Dinge zum Teil anders

beurteilen, als der Verfasser. Die demokratischen Bauern werden ihrer politischen Überzeugung treu bleiben trotz Dr. Böhme und seiner angestellten Beamten, die hier im Bezirk alle im volksparteilichen Jahrbuch lesen.

Aus Parlamenten und Parteien Volkspartei über Aufwertung?

Der Sparerbund scheint entschlossen zu sein, die Pflicht, die Aufwertungsfrage zum Gegenstand eines Volksbegehrens zu machen, jetzt ernstlich zur Ausführung zu bringen. Bereits im vorigen Sommer, unmittelbar nach dem Erlaß der Aufwertungsgeetze, schwebte ein solcher Plan, wurde aber damals nicht weiter verfolgt. Vor kurzem hat nun aber der Sparerbund beschlossen, das Volksbegehren zur Abänderung der Aufwertungsgeetze einzureichen. Der gute Erfolg des Volksbegehrens über die Fürtienabfindung hat dem Sparerbund offenbar Mut gemacht. Abgeordneter Dr. Best hat bereits einen neuen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der dem Volk unterbreitet werden soll. Er sieht eine grundsätzliche Aufwertung aller Ansprüche, auch der Industrieforderungen, auf 50 Prozent des Goldmarktbetrages vor, ein Satz, der je nach den persönlichen Verhältnissen herab- oder heraufgesetzt werden kann. Die persönlichen Forderungen sollen bis zur vollen Höhe aufgewertet werden können. Die Rückwürdigung des Gesetzes wird bis auf den 1. Januar 1919 ausgedehnt. Der Sparerbund bemüht sich, die politischen Parteien für das Volksbegehren zu interessieren. Die deutschnationale Presse hat sich aber schon mit großer Entschiedenheit dagegen erklärt.

Das Verfahren gegen Kuhnmann-Knoll geht weiter. Sehr schnell hat sich die Staatsanwaltschaft entschlossen, gegen das freigelegene Urteil des Berliner Schöffengerichts in dem Prozeß gegen den Staatsanwalt Kuhnmann und den früheren Freitagsführer Knoll Berufung einzulegen. Das ist zu begrüßen, denn die öffentliche Verhandlung gegen diese beiden merkwürdigen Wahrheitsapostel und Korruptionsgegner ist recht oberflächlich geführt worden und das Urteil kann den durch Parteipolitik nicht

An unsere Leser!

Die heutige Nummer ist die letzte im Monat April. Der Postbezug muß, falls das noch nicht geschehen sein sollte, sofort erneuert werden. Wir bitten alle Freunde, denen wir seit Monaten einen kostenlosen Probezug überwiesen haben, nunmehr unsere Wochenchrift auf eigene Rechnung zu halten und ein Abonnement bei der Post oder unserem Verlag einzugehen. Unsere Wochenchrift ist für alle, die dem Vaterlande und der Demokratie dienen wollen, ein treuer Berater.

Beirten nur befremden. Aufmann ist es gewesen, der die abscheuliche Verleumdungstapage gegen den Reichspräsidenten Ebert begünstigt hat, der das Büro Knoll mit amtlichem Material verlor, das dann zur Beeinflussung der Reichspräsidentenwahl benutzt wurde. Der „Vorwärts“ veröffentlichen jetzt neues Material zu diesem Fall, das kaum einen Zweifel darüber zuläßt, daß die in Frage kommenden Aktenstücke mit bewußter Absicht in die Hände Knolls geripelt worden sind. Das Gericht zweiter Instanz dürfte deshalb in der Frage der Aktenbeibehaltung zu einer wesentlich anderen Auffassung kommen, als das Schöffengericht. Aber auch diese kurze Verhandlung vom Mittwoch hat ja bereits genügt, um die Charaktereigenschaften des Herrn Aufmann in ein Licht zu setzen, das wahrlich nicht erfreulich ist. Seine politische Voreingenommenheit trat mit größter Deutlichkeit in allen seinen

Aussagen zu Tage, und die Leichtfertigkeit, mit der es seine Schülfe zog, erweist geradezu erkrankt. Der Beweis ist jedenfalls erbracht, daß Herr Aufmann die ungetreueste Verschämtheit zur Führung eines das politische Gebiet berührenden Verfahrens ist. Denn in derartigen Fällen ist strenge Unparteilichkeit nach allen Seiten noch mehr als in anderen Prozeßen oberstes Gebot.

Demokratischer Reichstagsrat. Wie dem Demokratischen Zeitungsdienst mitgeteilt wird, halten die Fraktionen der Deutschen Demokratischen Partei ihre diesjährige Reichstagsdelegation vom 17. bis 19. Juni in Erfurt ab. Zur Erörterung werden voraussichtlich folgende Themen stehen: „Angelegenheit der deutschen Sozialpolitik“ und „Form der Außenpolitik.“ Es ist geplant, diese Tagung mit einer großen öffentlichen Kundgebung der Deutschen Demokratischen Partei zu verbinden.

Steueränderungen für die kleinen Landwirte. Bei der Beratung des Steueränderungsgeetzes im Ausschuss des Reichstages war besonders von den Vertretern der Deutschen Demokratischen Partei eine gleichmäßige Herabsetzung des Großgrundbesitzes und des bäuerlichen Besitzes zur Einkommensteuer gefordert worden. Abgesehen von der Befreiung des Eigenbrauchs der Landwirte bei der Abgabe der Einkommensteuer und der Befreiung der sogenannten Kaufschätze, die der Berechnung der Steuer zu Grunde gelegt werden. Staatssekretär Dr. Popitz stimmte diese Anregungen im wesentlichen zu und stellte mit Rücksicht auf die derzeitige Agrarkrise einmal eine Nachprüfung der Durchschnittsätze in Aussicht und lobte ein Entgegenkommen für die Landwirte, deren Kinder im Betriebe mitarbeiten. Diese Vorschläge sollten — was auch die Billigung des Steueraussschusses fand, — in Verhandlungswege erfolgen. Weiterhin ver sprach der Staatssekretär Beilehnung der Angelegenheit, damit für die Steuerzahlungen am 15. Mai die neuen Bestimmungen bereits in Kraft seien. Wie nunmehr der „Demokratische Zeitungsdienst“ hört, wird dies Versprechen eingelöst werden. Die Vorarbeiten für die entsprechenden Änderungen der Ausführungsbestimmungen sind in vollem Gange und es darf damit gerechnet werden, daß die neuen Bestimmungen, die den bäuerlichen Besitzern hoffentlich eine fühlbare Erleichterung bringen werden, rechtzeitig zum 15. Mai zur Veröffentlichung gelangen, so daß sie alsdann schon ihre Wirkung üben können.

Demokratische Sommerfeste in Nassau.

Für die Nassauische Sommerfeste der D. D. P., die vom Dienstag, den 11., bis Freitag, den 14. Mai, auf der Schaumburg bei Diez an der Lahn unter der Leitung von Herrn und Frau Professor Rade-Warburg stattfinden und deren Verhandlungen das Thema „Probleme des modernen deutschen Staates“ zu Grunde liegt, ist jetzt das genaue Programm festgelegt. Es lautet wie folgt: Montag, den 10. Mai: Abends zwangloses Beisammensein; Vortrag des Lehrers Ringsbach in Diez; „Schloß Schaumburg und die Lahn“ — Dienstag, den 11. Mai: vormittags 9 Uhr Briardorfer Dr. Mommen-Göttingen, „Demokratie und parlamentarisches System.“ Nachmittags Besichtigung der Jägerberg Heilquellenanlage. Mittwoch, den 12. Mai, vormittags 9 Uhr: Professor Dr. Schilling, Mitglied des Reichstages; „Die Neugliederung des Reiches.“ 11 Uhr Architekt Weibel-Geurtsdorf a. M., „Süddeutschland, der Typus eines neuartigen Wirt-

Kunst und Leben.

Die deutsche Riviera!

Von Dr. med. C. A. Guntrum.

Die deutsche Riviera — so rühmte man mit der Bergstraße — die sich in langem Zuge von Darmstadt, der Landeshauptstadt, nach dem einzig schönen Heidelberg erstreckt. Es klingt wie Liebertreibung! Deutsche Riviera — wo sollte dieses Wunderland wohl liegen, das einem so unendlich viel an landschaftlicher Schönheit zu bieten vermöchte, wie wir es doch immer wieder von der ersten und „einzigen Riviera“ zu erwarten glauben? Und dennoch —!

Wenn uns das Dampftröpsel in schnaubender Fahrt aus dem neuen Darmstädter Hauptbahnhof entfährt, dauert es nicht mehr lange und wir fahren durch einen einzigen großen Blüthen- und Obstgarten hindurch. Es ist ein Gottesgeheimnis, das sich dem Wanderer im Frühling an der Bergstraße darbietet und wohl wert, daß man es gesehen hat. Wer aber einmal im Frühling dort gewesen ist, wird immer wieder den Weg dahin zurückfinden. Während in Norddeutschland noch der Winter in aller Strenge regiert und Berlin und Hamburg im „Matthi“ zu verkommen drohen, leuchtet da unten ein Himmel von solch tiefster Reinheit und Klarheit, daß gar keine große Anstrengung mehr dazu gehört, sich an der wirklichen Riviera zu wöhnen. Stattdessen Schönheit ist immer schon die Schlußfolgerung der Sonne des nördlichen Klimas gewesen, aber warum sollen wir in fremden Land gehen, wenn alles dies sich uns so sehr viel einfacher und vor allem so sehr viel billiger in der eigenen Heimat bietet?

Es ist ein eigenartiger Zauber, den man wirklich einmal erleben haben sollte, wenn auf der Höhe von Magdeburg noch die Angelfischlöcher fingerdick und flussend gegen die D-Zugfenster schlagen, wenn in Kassel und in Frankfurt der Himmel noch winterlich grau und verhangen ist, dann in weniger als einer Stunde unter blühenden Mandelbäumen spazieren zu gehen.

Aber es ist nicht nur landschaftliche Schönheit, die die Bergstraße vor allen anderen zu bieten vermag, nein, es ist ein alter historischer Boden, auf dem wir hier wandeln. Dies

hier ist die Gegend, die mit als eine der ersten der kulturellen Kultur erschlossen wurde, deren Schönheit schon seit mehr als 1900 Jahren gerühmt wird. Es ist die Gegend, die den ersten Anfängen einer deutschen Kultur die Grundlage gegeben hat und späterhin aus deutscher und weltlicher Geschichte mancherlei zu



(Sinderrögen)

erzählen weiß. Es ist auch lagenunwobener Boden, dabei wollen wir nur allem an die Siegfriedlegende und das herrliche Nibelungenlied denken. Worms ist der Hundstörche, und in Odenwald, wo uns heute noch alter Volksglaube die Stätte weist, ist der Platz des tragischen Todes dieses symbolischen Siegfrieden! Kloster Lorch ist nicht eine halbe Stunde weit und erzählt dem Anblichenden eine Geschichte, die laufend Jahre umfließt.

Es ist klar, daß eine solche Stätte alter Kultur, ein Platz, der schon so lange Zeuge der menschlichen Entwicklung ist, keine ganz besonderen Vorteile, die zur Anziehung reizen, besitzen muß. Und in der Tat ist es durch genaue langjährige Messungen und Vergleiche gelungen, wissenschaftlich einwandfrei festzustellen, daß selbst unter den Orten Süddeutschlands, die an sich

schon warmes und gesundes Klima besitzen (man denke hierbe nur an Baden-Baden und Heidelberg), die Bergstraße im allgemeinen an erster Stelle steht. Gegen die Winde, die an der Bergstraße am ungünstigsten empfunden werden müßten gegen Nordost- und Ostwind, ist z. B. Auerbach durch die Höhenzüge des Melibokus, 516 Meter über dem Meeresspiegel, und die benachbarten Hänge ausgezeichnet geschützt. Des gleichen ist der Hunderbach der Regentage im Jahre sehr niedrig. Vom ärztlichen Standpunkt aus ist Auerbach als Luftkurort entschieden zu empfehlen und seiner ruhigen Lage wegen zur Erholung wie geschaffen. Diesem Zwecke dienen auch weit und ohne Spaziergänge und Wege, für die der Verkehrsverein die Sorge übernommen hat.

Wenn wir vorhin von der historischen Bedeutung der Bergstraße sprachen, so gilt das auch von Auerbach. So hat doch niemand anders als Viktor v. Scheffel vor rund 80 Jahren hier Zuflucht gefunden, als er aus seiner Heimat vertrieben war. Zu keinem anderen befindet sich noch heute eine große weiße Marmorale neben dem Eingang zum Hotel und Ferienheim „Zur Krone“.

Von dem kleinen Bahnhof Auerbach in weniger als 5 Minuten zu erreichen, liegt dieses Haus inmitten eines schönen großen alten Parks mit schattigen Laubengängen und stillen Ruheplätzen.

Kündigung der Schülerzahl.

Seit einigen Jahren ist die Zahl der zum Schulbesuch angemeldeten Kinder auffallend zurückgegangen. Nach den Mitteilungen des Deutschen Städteverbandes sind die Schulle gekommen: Österreich 1820: 1.317.300; 1921: 1.234.228; 1922: 806.623; 1923: 721.011; 1924: 654.173; 1925: 700.169 Kinder. Da es sich bei diesen Kindern fast durchweg um Selbständige handelt, so kann man aus jener Zahlenreihe unklar erkennen, welche verberberischen Wirkungen auf die Zunahme der Bevölkerung die Kriegsjahre und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit ausgeübt haben. Auf das gefamte Schulkennzeichen wird dieser Rückgang den weitestreichenden Einfluß gewinnen wenn die Jahrgänge 1922—25, die mit den niedrigsten Kinderzahlen, gleichzeitig zur Schule kamen, also Ostern 1925—30.



gäfts- und Verwaltungsbegriffe." Nachmittags Besichtigung des Zuchthauses in Diez unter Führung des langjährigen Anstaltsleiters Herrern Philipp. Abends Herr Philipp: „Der deutsche Strafprozess.“ — Donnerstag, den 13. Mai (Himmelfahrtstag): Ausflug nach Kloster Arnsstein. — Freitag, den 14. Mai: „Die deutsche Wohnungsnot, Wege zur Abhilfe.“ (Die Referenten werden noch bekannt gegeben). — Schloß Schaumburg an der Lahn liegt an der Bahnhofsstation. Die Schnellzugstation ist Diez. Die Schaumburg ist der schönste und beliebteste Punkt des Lahnraumes. Wohnung und volle Verpflegung belaufen sich auf nur 5,50 Mark täglich. Die Teilnahmegebühr beträgt 5 Mark. Anfragen und Anmeldungen an Generalsekretär Wolff, Frankfurt a. M., Neue Mainzerstraße 54. Schluß der Anmeldung 1. Mai.

Hohenzollernvermögen und Aufwertung. Sieben Millionen Mark Steuern rückständig.

In der kürzlich veröffentlichten Auskunft des Preussischen Finanzministeriums ist mitgeteilt worden, daß die Hauptlinie der Hohenzollern zum Wehrbeitrag ihren Beitrag mit 140 Millionen Mark eingezahlt hat. Dem Gros der Staatsbürger ist kein fälliges Vermögen mit außerordentlich kleinen Beträgen aufgewertet worden. Die Anleihebesitzer der Städte und des Reiches werden mit 2½ Prozent abgefunden, die noch dazu erst viel später und in einem sehr schwierigen Umwandlungsverfahren zur Auszahlung kommen. Nach diesem Maßstab würde für die Hohenzollern eine Summe von 3½ Millionen herauskommen. Wenn man schon sehr weit geht, und den Aufwertungsgrad für Hypotheken nimmt, der 15 und 25 Prozent beträgt, würde ein Ergebnis von 21 bzw. 35 Millionen sein. Von diesen Beträgen geht dann sicherlich das herunter, was inzwischen gezahlt worden ist, bis auf die geringen Zahlen, die das Aufwertungsgeß für die Zeit vom 1. Januar 1925 vorlieht. Wahrscheinlich wird das, was gezahlt und herausgegeben ist, mehr sein als die Beträge. Jedenfalls ergibt sich, daß diese Art der Bewertung, die in Zentrumsblättern ganz besonders behandelt worden ist, auch keinesfalls zugunsten der ungeliebten Forderungen der Hohenzollern zu werten ist. Letztlich muß das Kompromiß noch sehr erheblich verbessert werden, damit es den Forderungen der Gerechtigkeit entspricht.

Auf welche Weise nun aber auch die Regelung vorgenommen wird, eins ist selbstverständlich: auf jeden Fall müssen die sieben Millionen Mark, die insgesamt die rückständigen Steuern bis jetzt ausmachen, von den Hohenzollernvermögen in Abzug gebracht werden.

Ein teurer Spaß. Der Föderalismus, wie er in deutschen Teilstaaten gepflegt wird, fällt heututage unter die Kurzsgegenstände. Er ist so teufelisch, daß selbst Bayern unter der Maske des Verwaltungsabbaues seine Konventionen ziehen muß. Sollen, Thüringen, Anhalt und Sachsen, sie gehen offen zu, daß nur durch den Anschluß an Preußen eine Finanzkatastrophe vermieden werden kann. Schaumburg-Lippe ist noch einen Schritt weitergegangen und wird in der aller nächsten Zeit über den Anschluß die 30 000 wahlberechtigten Schaumburg-Lippener mobil machen. Die Kleinstaaterei ist nicht mehr zu bezahlen, der Betrieb der Bundesstaaten ist zu teuer. Dafür hat ein Beispiel, ein Vergleich zwischen der Staatsverwaltung in Mecklenburg, das sich auch schon nach einer Stütze umzuwenden beginnt, und Preußen:

	Medien-Preußen	Preußen
Reinertrag aus Domänen pro Hektar	23 M 37,95 M	
Reinertrag aus Forsten pro Hektar	12,75 M 30 M	
Für Wohnungsbau von der Gesamtmiere	2,1 o. 5. 1 o. 5.	
Beamte auf 1000 Einwohner	4,7 u. 2,5	
Ausgaben für Parlament pro Bewohner	0,6 M 0,18 M	

Man sehe sich erst mal in Mecklenburg um und Säuer und Straßen an, dann erst begreift man den Widerstand dieser Duodezverwaltung, von der die Masse der Bewohner nicht mehr hat, als daß sie sich Mecklenburger nennt und daß einige als Herrgötter auf Rittergütern umherkolportieren.

Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Auf eine von demokratischer Seite gestellte kleine Anfrage hat der Preussische Wohlfahrtsminister nachstehende Antwort erteilt:

„Am den in schweriger wirtschaftlicher Lage befindlichen Gemeinden die sofortige Weiterführung der Neubautätigkeit nach Möglichkeit zu erleichtern und sie damit in den Stand zu setzen, einen Teil ihrer Arbeitslosen im Baugewerbe zu beschäftigen, hat sich auf meinen und des Herrn Finanzministers Vorschlag hin die Preuß. Staatsd. (Seehandlung) bereit erklärt, auf das in den nächsten Monaten zu erwartende gemeindliche Aufkommen an allgemeiner Hauszinssteuer für die Neubautätigkeit Vorschüsse bis zur Gesamthöhe von etwa 50 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen. Es kann bevorzugen werden das Aufkommen für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1926, und zwar bis zur Höhe von 90 Prozent des berechtigten Sollaufkommens des gemeindlichen Hauszinssteueranteils für die Neubautätigkeit für das erste Vierteljahr 1926. Außerdem hat das Staatsministerium im Vorgriff auf die voraussichtlich dem künftigen Wohnungsfürsorgefonds des Jahres 1926 zuzuführenden Mittel schon jetzt ein Betrag von 25 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt.“

Ein Aufstufungslehre der Deutschnationalen. Der Führer der Rechten willig unerwarteter Erfolg des Volksbewegens in Sachsen der Führerschaft hat die Deutschnationale Volkspartei in Urnache und Schreden verurteilt, da sie trotz aller anfänglichen Ablehnungsverfuchen nun doch nicht umhin kann, sich und der Defens-

ivität hinzugeben, daß sich unter den Unterführern für das Volksbewegens Hunderttausende velleicht Millionen von Wählern befinden, die bisher stets einen deutschnationalen Stimmzettel abgegeben haben. Infolgedessen bereitete die Groß-Berliner Organisation der Deutschnationalen Volkspartei einen „Großen Werbes und Aufstufungslehre“ in den Monaten April und Mai vor, der dazu dienen soll, die verlorengegangenen Anhänger wieder einzufangen und womöglich neue hinzuzugewinnen. Interessant aus dem Programm dieses Feldzuges ist, daß nicht nur die bisherigen Mitläufer bearbeitet, sondern auch die „eigenen Mitglieder“ über die politische Lage aufgeklärt werden sollen. Danach scheint es augenblicklich an einer solchen Aufklärung sogar der organisierten Deutschnationalen stark zu fehlen. . . . Hoffentlich werden die Mitglieder dann eingehend darüber unterrichtet werden.

Bis zum 25. April

müssen unsere Postbesitzer ihr Abonnement bei dem zuständigen Postamt erneuert haben, wenn in der Weiterlieferung unseres Blattes am 1. Mai keine Unterbrechung eintreten soll. Das Einziehen der Bezugsgeber durch den Briefträger hat bereits am 23. April beendet. Am 24. und 25. nehmen die Postanstalten noch Abonnements für die Monate Mai und Juni ohne Preisaufschlag entgegen, nach diesem Termin berechnet die Post eine Verpätungsgebühr von 20 Pfennig.

wie es kam, daß die Deutschnationale Reichstagsfraktion bei den Tagesgeschehen, nachdem sie im monatlichen Aufsichtsbekämpf hatte, in eine Ja- und eine Nein-Hälfte auseinanderfiel, daß dieselbe Fraktion den Sicherheitsrat plötzlich ablehnte, dem sie vorher freundlich gegenüberstand, daß die Deutschnationalen in der Regierung mit Begeisterung die Zehnerausweisung ihres Finanzministers von Schäfers mitmochten, um dann wenige Monate später, kaum daß sie in die Opposition getreten waren, Steuererhöhungen im Gesamtbetrage von etwa einer Milliarde zu beantragen, und was dergleichen Dinge mehr sind.

Völkisches Allerlei.

Stredie gegen einen völkischen Verleumder! Der preussische Wohlfahrtsminister Striffler war bekanntlich vor etwa einem halben Jahr das Objekt einer heftigen Angriffs eines kleinen völkischen Blättchens, die natürlich von der gelamten Reichspresse mit Behagen wiedergegeben wurden. Obwohl die von dem völkischen Heher vorgebrachten Behauptungen von den polizeilichen Instanzen, auf die er sich berufen hatte, als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet worden waren, hatte der verantwortliche Leiter des Blättchens, ein gewisser Rudolf, noch die Stirn, für die Hauptverhandlung den Wahrheitsbeweis anzufordern. Als gestern nun diese Hauptverhandlung stattfand, war Rudolf nicht erschienen, er ist ja nach dem Ausland geflüchtet sein. Das Gericht beschloß gemäß dem von Strifflers Reichshofrat gestellten und vom Staatsanwalt unterstützten Antrag die Verhängung der Untersuchungshaft und den Erlass eines Strediebriefes hinter dem Flüchtigsten.

Wegen schwerer Körperverletzung bestraft! Der Tierarzt Schmidt aus Diesdorf, der auf der völkischen Liste für Reichstagswahl für den Kreis Salzwedel kandidierte, hat am 8. April wieder einmal auf der Anklagebank gesessen. Mit ihm war seine Ehefrau angeklagt. Beide hatten gemeinsam in roher Weise die schwächliche Köhlerin Frau Sieber mißhandelt. Schläge mit dem Gummihinterrad auf den Kopf hatte die Frau zu erdulden. Das Gericht hat, wie es in der Urteilsbegründung bekannt hat, diesem auf der Verhängung einer Freiheitsstrafe abgesehen und den Tierarzt wegen schwerer Körperverletzung und Hausfriedensbruch zu einer Geldstrafe von 300 M aber 30 Tagen Gefängnis und seine Frau wegen der gleichen Vergehen zu einer Geldstrafe von 60 M oder 6 Tagen Gefängnis verurteilt.

Soziales

Ein demokratisches Beamtenprogramm. Der geschäftsführende Vorstand des Reichsausschusses der Deutschen Demokratischen Beamten wird auf dem siebenten Beamtentag der Demokratischen Beamten, der vom 14. bis 16. Mai in Göttingen stattfindet, den Entwurf zu einem demokratischen Beamtenprogramm einbringen, der als Antrag an den nächsten Parteitag der Deutschen Demokratischen Beamtenangelegenheiten werden soll. An der demokratischen Beamtenangelegenheiten werden u. a. teilnehmen und sprechen der Reichsminister des Innern Dr. Hüß, sowie der Parteivorsitzende, Reichsminister a. D. Koch. Besondere Beachtung dürfte dem Vortrag des Ministerialdirektors Dr. C. Falk zukommen, der über den Entwurf einer Reichsdienstleistungsordnung sprechen wird.

Zeitgemäße Erholungsflüge. Das Verlangen, sich auch in diesem Jahre schwerer wirtschaftlicher Not vom Alltag loszureißen und Koffer oder Rucksack zu packen, um die See, die Erde oder das Gebirge aufzusuchen, wird groß sein. Den alten Wanderwunsch der Deutschen in diesen Zeiten durch Vermittlung preisweiser Erholungs- oder Erholungsorganisationen die sich mit der Unterbringung von Erholungssuchenden beschäftigen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten veranfaßt deshalb auch in diesem Jahre eine größere Anzahl Ferien- und Studienreisen in die schönsten Gebiete des In- und Auslandes (Rhein, Oberrhein, Tirol, Holland, Schweiz, England, Mejer und Teutoburger Wald, Berlin, Potsdam, Spreewald, Säch-

sische Schweiz und böhmische Bäder, Nordlandreise bis zum Nordkap, Harz, Deutsches Heidegebiet, Schwarzwald, Große und Kleine Saargebirge mit Annam und Belgoland, Dänemark), vielen Einzelreisenden bleiben Bergungünstigen, Beschäftigten um verpagt, die bei Gesellschaftsreisen des GDM gefahrt werden. Die Beteiligung ist schon aus diesem Grunde sehr zu empfehlen. Neben der Teilnahme an den genannten Ferienreisen sehen Nichtmitglieder auch 9 Erholungs- und Kinderreise ebenfalls zu vorteilhaften Bedingungen zur Verfügung. Näheren Aufschluß gibt die neue Nummer der Ferienzeitschrift „Wir reisen“ (10. J.) GDM-Verlag, Hamburg 36, Büchstr. 4. heimen zu ermöglichen.“

Beförderungsverhältnisse der Beamten der Intendantur- und Wehrreisverwaltungen. Bei den wiederholten Verbesserungen der Beförderungsverhältnisse der Reichswehr sind die Beamten der Intendantur- und Wehrreisverwaltungen zurückgelassen. Die wiederholten Klagen aus den Kreisen der Beamten haben den Reichstagsabgeordneten Schuldt-Steglich (Dem.) Veranlassung gegeben, im Wehrzeitungsantrag einzubringen: „Die Reichsregierung zu erlösen, sobald in eine Prüfung der von den Beamten der Intendantur- und Wehrreisverwaltungen befalligen sehr ungünstigen Beförderungsverhältnisse einzutreten und dem Reichstag Vorschläge zur Abhilfe zu unterbreiten.“

3. Deutscher Behördenangehörigentag.

In Weimar fand im Sitzungssaal des Thüringischen Landtages der 3. Deutsche Behördenangehörigentag des Gewerkschaftsbundes der Angestellten statt, an dem Vertreter der Behördenangehörigen aller Gauen Deutschlands teilnahmen. Der Leiter der Reichsgruppe Maxmann-Berlin legte in seinem Referat eingehend die Sorgen und Mühe der Behördenangehörigen dar, die auch nach Aufhebung der Wehr immer noch mit ihrer Entlassung aus dem Verwaltungsdienst rechnen müßten, um Beamten oder Verwaltungsverweigerungen Platz zu machen, insbesondere bedeutete der § 11 des Wehrmaßnahmenverordnungsgeßes vom Juli 1925 eine schwere Gefahr. Jede Entlassung von zur Zeit im Behördendienst stehenden bewährten Angestellten ohne Behördenschein bedeutete einen Verstoß gegen die Willensäußerung der deutschen Volkserhebung, die jeden unwirtschaftlichen Abbau vermeiden will. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die Arbeit des GDM, auch weiterhin mit allen Mitteln auf die Festhaltung und Verankerung des Berufsstandes der Behördenangehörigen unter Abstützung des Berufsbeamtentums gerichtet werden muß.

Sobald nahm das Mitglied des Bundesvorsitzenden Maxmann-Berlin das Wort zu einem Vortrag über das Thema „Wirtschaftsnot und Wirtschaftsaufstieg“. Die von der Versammlung begünstigt aufgenommenen Ausführungen der beiden Referenten wurden in zwei, von der Versammlung einstimmig angenommenen Entschließungen zusammengefaßt und festgelegt, gleichzeitig mit dem Beamtentag, daß die Angestellten bzw. ihre Organisationen jederzeit bereit seien, an einem Wiederaufbau der Wirtschaft mitzuarbeiten.

Förderung der Bildungsbestrebungen der Beamtenschaft. Bekanntlich hat sich die Beamtenschaft durch Errichtung von Fachschulen und Verwaltungsakademien vorzügliche Fortbildungseinrichtungen geschaffen, um auch ihrerseits dazu beizutragen, das Bildungsniveau der Beamten weiter zu heben, damit sie den erhöhten Anforderungen der Gegenwart zu entsprechen vermögen. Leider sind die hierfür vom Reich zur Unterfertigung der Beförderungen bereitgestellten Mittel außerordentlich gering. Anträge der demokratischen Fraktion auf Erhöhung dieser Mittel im Haushalt 1926 sind leider von den Reichsparlamenten abgelehnt worden. Folgendes (Schuldt-Steglich (Dem.)) hat deshalb im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: „Die Reichsregierung zu erlösen, in einem Nachtragshaushalt, spätestens aber im Haushalts für 1927, den Beitrag für die von den Beamtenschaftsvereinigungen der Beamtenschaft geschaffenen Fortbildungseinrichtungen angemessen zu erhöhen, um das Bildungsniveau der Beamtenschaft weiter zu heben und allen strebenden Beamten die Möglichkeit zu geben, die zum Aufstieg in höhere Ämter erforderliche Sachkunde zu erwerben.“

Briefkasten

Fallenstedt. Uns ist nur bekannt geworden, daß die Deutsche Volkspartei in Anhalt einen Parteitag mit Ballett in Dessau am Sonntag, den 11. November 1925, abgehalten hat. Es gab, nach dem „Anhalt Anzeiger“, einen patriotischen Tanz, dann einen Varentanz und zum Schluß noch einen ägyptischen Tanz.

Beamtenschaft. Sie stellen unsere Wochenchrift direkt beim Postamt zum Preise von 1.— M für die Monate Mai und Juni.

Neue Bücher

Reichens des Schachspiels. Einführung in alle Zweige des Schachspiels von J. Berger, 5. Aufl. Preis geb. M. 2,50. Max Hells Verlag, Berlin W. 15.

An Lehrbüchern und Anweisungen für das Schachspiel besteht gewiß kein Mangel. Wenn es J. Berger, der herzerzählende und Liebersteller, um allen Schachbegeisterten des Schachs unternehmen hat, einen neuen Schachbegeisterten herauszugeben, so darf man überzeugt sein, daß ihn hierbei Gedankpunkte leiteten, welche bisher außer acht gelassen wurden. Wie sehr er mit seiner Darstellung das Schach getroffen hat, beweist die rasche Aufnahmefähigkeit der Auflagen. Berger lehrte die Elemente des Spiels in knapper und verständlicher Form; er mutet dem Anfänger nicht zu viel auf einmal zu, bezieht aber jede Gelegenheit, ihm einen Einblick in die Tiefen des Schachs zu gewähren und sein Interesse am Schach gefangen zu nehmen. So führt Berger unermüdet zu den Schwierigkeiten und Problemen des Schachspiels, besonders interessant und originell ist das Kapitel über Positionen, bis er endlich bei der Besprechung der berühmtesten Wehrpartien und Kompositionen landet. Kurz das interessante und sehr ausgestattete Buch, das sich als Geschenk eignet, kann allen Freunden des Schachspiels und solchen, die es werden wollen, empfohlen werden.

◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

Am ersten Sonntag im Mai

Große Jagd- und Flachrennen in Magdeburg

Sonntag, den 2. Mai, 3 Uhr

Weitere Renntage

Sonntag, den 20. Juni Jagdrennen, Herrenreitertag	Sonnabend, den 21. August Sonntag, den 22. August Großer Preis von Magdeburg
Sonntag, den 25. Juli Jagd- und Flachrennen	Sonntag, den 10. Oktober



Größte Konsumisten-Organisation Mitteldeutschlands.
35 000 Mitglieder — Begründet 1864 — Beschäftigt 520 Personen.

Wir liefern an unsere Mitglieder

einwandfreie Nahrungsmittel

und machen besonders auf unsere selbsthergestellten Waren aufmerksam.

Eigene Schlächterei

Neuzeitig eingerichtet. Feinlichste Sauberkeit, erstklassige maschinelle Einrichtungen, daher appetitliche äußerst schmackhafte Ware.

Bäckerei und Konditorei

Größter Betrieb dieser Art in Magdeburg, hygienisch einwandfrei.

Kaffeerösterei

Herstellung alkoholfreier Getränke.

46 Material- und Kolonialwaren-Verkaufsstellen in Magdeburg und Umgegend einschl. Schönebeck
8 Schlächterläden
2 Manufakturwarengeschäfte.

Allen Verbrauchern sei die Mitgliedschaft dringend empfohlen.
Beitrittserklärungen werden in allen Lagern entgegen genommen.

Konsum-Berein

für Magdeburg und Umgegend, e. G. m. b. H.

J. BORMANN
Große Münzstraße 2

Koffer :: Reisetaschen :: Damen-Handtaschen :: Befuchtaschen :: Aktentaschen :: Rucksäcke :: Sportartikel sowie andere Geschenkartikel.

Auto-Privat-Schule
Busch
Prälatenstraße 32
Eintritt jederzeit.

Auto-Privat-Fahrschule

Inh.: Willi Schmidt, Magdeburg, Prälatenstraße 32
Fernruf 1122.

Damen u. Kinder-Konfektion



Unerlöschliche Auswahl
Anerkannt vorteilhafte Preise
Julius Wertheimer
Spezialhaus ersten Ranges
Magdeburg
Breiteweg 115/117

Kennen Sie schon den Garantie-Strumpf
Alleinverkauf für Magdeburg
Mah-Jong
Noch heute sollten Sie einen Probekauf machen. Paar 300

BARASCH.

Wilhelm Kobelt

Telefon 7282 Körplatz Telefon 7282

H. Fleisch- und Wurstfabrik

Hotel u. Restaurant

„Weißer Bär“

Bes. Ad. Lührnagel.

Photographie!

Großer Preisabbau in Photographien, Postkartenaufnahmen und Paßbildern.

Die Preise sind so niedrig gestellt, daß selbst der weniger Bemittelte sich ein bestens ausgeführtes Bild leisten kann.

Hugo Paulsen, AlleeUlrichstr. 10

Salzquelle

Jeden Sonntag:

Konzert

Anschließend Tanzkränzchen.

Demokraten! Republikaner!

Auf den Bahnhöfen, in den Cafés und in den Restaurants sowie bei den Zeitungsvendern verlangt die

Mitteldeutsche Rundschau

Macht Freunde und Bekannte auf die Mitteldeutsche Rundschau aufmerksam, merkt Leser; verlangt kostenlos Probehefte durch den Verlag Magdeburg, Breiter Weg 139/140.

Kaufe

Konsum-Berein

Franz Pützkuh

Empfehle: Hüte, Mützen, Schirme, Wäsche, Krawatten, Stübe, Handschuhe, Hüte, etc.
Magdeburg - N., Lübecker Straße 120.

Meyer Michaelis
Geogr. 1864 Magdeburg Geogr. 1864
Gr. Marktstr. 16 — Fernspr. 1424

Günstigste Bezugsquelle für Seife, Oberleder u. sämtliche Schuhmacher-Debarikartikel

Stärkt die Demokratie!

Wer dem Vaterlande nützlich will, für **Einigkeit, Recht und Freiheit** eintritt, der reicht zur gemeinsamen Arbeit allen Gleichgesinnten die Hand.

Zur Aufnahme meldet sich:

Name:
Vorname:
Beruf:
Wohnort:
Straße: Nr.
Bemerkungen:

Ausgefüllt einzusenden an die
Deutsche Demokratische Partei
für den Bezirk Halle,
Halle, Leipziger Straße 21;
für den Bezirk Magdeburg-Anhalt,
Magdeburg, Breiter Weg Nr. 139/140

Deutsche Einheit

Herausgegeben von Posthalter A. D. Graf Bernstorff
H. D. R. und Senator a. D. Dr. Stubmann.
Preis-Verlag G. m. b. H., Hamburg 11.
Bezugspreis: Vierteljährlich 4 RM.



Unter Leitung des Fahrlehrers Karl Bosse (langjähriger Fahrmeister der Daimler-Motoren-Werke) gründliche Ausbildung von Kraftfahrzeugführern auf modernen Fahrzeugen in getrennten Damen-, Herren- und Berufsfahrerkursen.
Tages- und Abendkurse. Eintritt jederzeit.

den es ja abgelehnt, sich dem Bauernbunde anzuschließen, als Dr. Böhm nach rechts schenkte.
Herr Dr. Böhm ist von der Volkspartei als Abgeordneter ausgeschieden worden. Das bejagt alles. Sollte sich bei uns die Landwirtschaft überhaupt anders einstellen, so wird sie sich sicher des Luns des demokratischen Finanzministers Reichhold für die Landwirtschaft bemühen werden. Wir brauchen einen freien Bauernstand, der dann nur durch die Demokratie geschaffen werden.

Dr. Ammensleben. Am Sonntag, den 18. April, sprach Landtagsabgeordneter Dr. Bohner über wirtschaftspolitische Fragen, wobei er besonders auf die Klere der kleinen Landwirte näher einging. Im Vordergrund der großzügigen Rede fanden die Fragen der Siedlung und Pachtung. Die Deutsche Demokratische Partei hat durch ihre parlamentarische Arbeit in Reich und Staat bewiesen, daß sie ernsthaft gewillt ist, eine gesunde, innere Kolonisation und damit auch eine gute Bauerpolitik zu betreiben. Dem kleinen Landwirt, der mit eigenen Leuten arbeitet, müßte auf den verschärfenden Gebieten geholfen werden. Nur so sei eine Abwanderung nach der Stadt zu unterbinden. Die demokratische Partei wird sich auch für die Folge gegenüber der deutungsationalen Großgrundbesitzerpolitik energisch um die Befange der Bauern einsetzen. Der Vortrag fand gute Aufnahme. Der Berichtsjahrleiter Gärtnervereiner Fink wies darauf hin, daß demnach auch Herr Abgeordneter Meinde einen Vortrag über Siedlung zu halten gedenke.

Halberstadt. Man schreibt uns: Jedem ein Eigenheim! Die Gemeinschaft der Freunde in Wüstenrot-Wittig, hat es sich zur Aufgabe gemacht, Eigenheimen zu schaffen und aus diesem Anlaß eine gut besuchte Versammlung in Halberstadt veranstaltet. Nach dem Bericht des Vortragenden wird das Bestreben der Gesellschaft von der Württembergischen Regierung und von dem Württembergischen Landtage warm befürwortet. Zurzeit geht: Es wird ein Grundstück geschaffen von 1/10 der Baufläche durch Monatsbeiträge, deren Höhe 2 und mehr Prozent des Einkommens betragen. Die Verzinsung beträgt 5 Prozent und 1 Prozent Amortisation, so daß nach 30 Jahren das Eigenheim schuldenfrei ist. Da die Verwaltung und die Verwaltung fast nur ehrenamtlich arbeitet, sind die Verwaltungskosten sehr gering. Die Stadt Halberstadt gibt Bauland auf Erbpacht ab, dazu kommt Hauszinshypothek, so daß ein verhältnismäßig geringer Betrag genügt, um ein solches Eigenheim zu erwerben. Die Gesellschaft will weitere Versammlungen in Wüstenrot, Ludwigsburg, Blankenburg, Wernegerode, Goslar usw. abhalten. Im Zeichen der überaus ersten Wohnungsnot finden naturgemäß die Ziele dieser Gesellschaft überall gute Aufnahme.

Stendal. Demokratischer Klub. Am letzten Dienstag hielt Herr Stadtverordnetenvorsteher Danneberg einen Vortrag, unterstützt durch Lichtbilder, über die Diktaturen, wobei er besonders auf die von Deutschland losgetrennten Gebiete verwies. Im Interesse der deutschen Wirtschaft und der politischen Einheit liegt es, wenn das Mittelgebietsrecht bald wieder Deutschland zufließt. Der polnische Korridor bedeute eine folgerichtige Behinderung zwischen dem Osten und dem deutschen Westen. Der Vortrag fand gute Aufnahme. Herr Heinrichs wies in der Besprechung auf unsere demokratische Wochenchrift „Mittelddeutsche Rundschau“ hin und empfahl allen Freunden das Abonnement. Beschlüsse wurden, am Sonntag, den 2. Mai, einen Ausflug zu veranstalten und werden die Parteifreunde ermahnt, sich daran recht zahlreich zu beteiligen.

Cöthen. Im Demokratischen Klub hielt Landgerichtspräsident Dr. Beyer-Deffau, vom ersten Vorsitzenden Studiendirektor Lohmann aufs herzlichste begrüßt, einen Vortrag über „Die anhaltische Gerichtsverfassung“. Der Vortragende gab seinem Vortrage eine vollständige Note und erschöpfte sein Thema, soweit es im Rahmen einer mehrstündigen Behandlung möglich war. Er behandelte die Zivil-, Straf- und Jugendgerichte, erläuterte die Zusammenfassung derselben sowie der einzelnen Kammern und Senate, und verbreitete sich über das Arbeitsbereich des Einzelrichters, der großen und kleinen Schöffengerichte, der Strafkammern und Schwurgerichte. Auch über die Zuständigkeit der einzelnen Gerichte und über den Instanzenweg gab der Referent Aufschluß. An mehreren Beispielen zeigte er, wie sehr schwerer Stand heute die gesamte Justiz hat, weil in der heutigen unruhigen Zeit eine Konfliktlösung in der Gesetzgebung noch nicht eingetreten ist. Die Ausprache gefallte sich sehr interessant, es wurde von Festreden und der Zusammenfassung der einzelnen Gerichte gesprochen. Landgerichtspräsident Dr. Beyer gab dahin Aufklärung, daß die amtierenden Richter in den Kammern auf Grund ihrer Zusammenlegung des Gerichts durch die Laienrichter und Schöffen oftmals übernimmt werden. Der amtierende Richter hat dann den Urteilsspruch zu verkünden, ohne hinter ihm zu stehen. Die Laienrichter müssen sich in das heutige Staatsleben erst hineinverarbeiten, um ein menschliches Urteil fällen zu können. Wenn sich erst gewisse Schichten und Kreise der Bevölkerung, die zu einem Schöffentame berufen werden, davon überzeugt haben, daß an eine Veränderung der heutigen Staatsform nicht mehr zu denken ist, wird auch hier ein Wandel ganz von selbst eintreten. Das Publikum soll zum Gericht mehr Vertrauen haben, es soll sich mit dem Richter mehr aussprechen und soll jede Venglichkeit abstreifen. Es kann jeder Staatsbürger mit dem Gerichte zu tun bekommen, sei es nur in Erbschaftsachen oder Angelegenheiten, die das Familienrecht betreffen. Der Redner erntete reichen Beifall für seine Ausführungen. Der nächste Klubabend am Montag, den 26. April, bringt einen hochinteressanten Vortrag für die Mitglieder. C. Th.

Nur die Sache ist verloren,
die man aufgibt.

Bezirk Halle.

Vertreter-Tagung der Demokraten
im 11. Reichswahlkreis.

Am Sonntag vormittag traten in Halle die Vertreter der Bezirksorganisation zu einer Tagung zusammen. Der Besuch war ein sehr starker, und auch das bei den Verhandlungen vorherrschende Interesse an den zur Beratung stehenden organisatorischen und politischen Fragen zeigte eine erfreuliche Arbeitsbereitschaft. Der Vorsitzende, Herr Amisleiter Renker, konnte unter der Überschiedenen auch den preußischen Handelsminister Dr. Schreiber und Herrn Landtagsabgeordneten Meinde begrüßen. Entgegen den bei solchen Zusammenkünften bisher herrschenden Gepflogenheiten, organisatorische Angelegenheiten an das Ende der Beratungen zu verlegen, bildeten diese diesmal den 1. Punkt der Tagesordnung, zu dem Herr Doranblüth das Wort nahm. An Hand seiner Schilderung von dem Stand der Organisation und auf der Grundlage seiner Vorschläge zu einer stärkeren Belebung entspann sich eine lebhafteste Aussprache, in deren Verlauf eine Reihe dankenswerter Anregungen gegeben wurden. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgte man hierauf den Ausführungen des Ministers Dr. Schreiber. Von Locarno und Genf ausgehend, liege die Möglichkeit einer Fortführung dieser Politik nur im Rahmen der großen Koalition. Auf der Grundlage des Locarno-Vertrages gingen anscheinend auch die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich und erfolgreiche Vereinbarungen auf dem Gebiete des Flugverkehrs schneller voran. Bei den Wirtschaftsverhandlungen mit Ausland dürfe man von einem Vertrauen auf die Einhaltung der von russischen Staat eingegangenen Verpflichtungen ausgehen. Würde bei der Regelung der Zinsfrage die Zahlung einer Pension in Höhe derjenigen des Reichspräsidenten abgesehen, so könne dies gewiß als gerecht und billig gelten. Im weiteren be sprach der Minister die in nächster Zeit auf dem inneren politischen Gebiet zu erwartenden Gesetzesvorlagen und die Möglichkeiten ihrer Auswirkungen auf Regierung und Parteien. In Preußen sei demnach die Vorlage einer Verwaltungsreform, bei der u. a. an die Zusammenlegung kleinerer Landkreise und die Einparung von Regierungsbezirken gedacht ist, bestimmt zu erwarten. Herr Minister Dr. Schreiber wandte sich dann gegen die von gewisser Seite erfolgten Ausstellungen (wie sie u. a. in Nr. 7 des „Beamtenfreund“ zu finden waren) als ob er in seinem Verwaltungsbereich gegen die Selbsthilfeeinrichtungen der Beamtenhaft aufträte. Bei seinen Anordnungen sei es ihm niemals einzig und allein auf eine Verringerung von Liebesständen bei Beamtenbanken, die den Darlehnsuchenden außerordentlich hohe Prozente abnehmen, und auf Beseitigung derartiger Schäden angekommen. Eine andere Auslegung sei völlig aus der Luft gegriffen. Am Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen rief Dr. Schreiber dann noch zur Kräftigung der Parteiorganisation im Bezirk, um kommenden Ereignissen gegenüber bereit zu sein.

Landtagsabgeordneter Meinde sprach hierauf über „Preußische Wirtschaftspolitik“ und im besonderen über die neuintritierte Hauszinssteuer. In eingehenden Darlegungen gab er zunächst ein Bild von der Finanzlage des Staates, der die Hauszinssteuer, die bekanntlich aus dem Reichsministerium Luther stamme, weder bei den Wohlfahrtsaufgaben noch bei den Maßnahmen gegen die Wohnungsnot entbehren könne. Die Hauszinssteuer erbringe gegenwärtig in Preußen etwa 900 Millionen Mark, deren eine Hälfte zu Zwecken des Wohnungsbaus und deren andere für Wohlfahrtszwecke und zur Deckung des Finanzbedarfs des preußischen Staates sowie der Länder und Gemeinden Verwendung finde. Die Absicht der preußischen Regierung, die Steuer durch eine Staffelung in ihrer Auswirkung gerechter zu gestalten, sei durch die Ablehnung der Reichsparteien und Kommunisten durchgeföhrt worden. Bei Besprechung des Ver-

Bei unregelmäßiger Post-Bestellung

be schwerer man sich stets bei dem zuständigen Postamt, auch dann, wenn dem Leser unsere Zeitung durch unieren Verlag überwiehen wird. Erst wenn die wiederholte Beschwerde ohne Erfolg bleibt, bitten wir um Mitteilung.

teilungsschlüssels der Hauszinssteuerbeträge an die Gemeinden wurden auch die Verhältnisse und Wünsche der Stadt Halle herangezogen. Im Zeichen der Reichsgeldheimsmode finde die Förderung des Wohnungsbau eine Frage von besonderer Bedeutung. Auch dieser Vortrag fand lebhaften Beifall und führte zu einer energigen Aussprache, bei der eine starke Initiative der Partei zur Förderung des Wohnungsbaus verlangt wurde. Auf Wunsch äußerte sich Herr Minister Dr. Schreiber dann noch über einige interne Parteiangelegenheiten und besprach dabei auch einige Vnderungen, die bei der zu erwartenden Vorlage des Reichswahlgesetzes in Frage kommen. Die Auffassung der Versammlung kam in der Zustimmung zur Verfeinerung der Bezirks- und Landeslisten ohne Nachdrucksmöglichkeit und zur Verfeinerung der Wahlkreise bei stärkerem Hervortreten und Wirken der Persönlichkeiten der Bewerber zum Ausdruck.

Beim Zusammenfassen des Ergebnisses der Tagung konnte der Vortrage eine lebensdienliche Arbeitsbereitschaft der Bezirksvertreter feststellen und darauf hinweisen, daß sich die folgerichtigkeit demokratischer Politik auf dem äußeren und inneren Gebiet erweisen habe. Die anregenden Verhandlungen fanden erst in den Abendstunden ihren Abschluß.

Deutsch-Demokratische Frauengruppe, Halle (Saale).

Zusammenkünfte im St. Nikolaus, abends 8 Uhr.

Donnerstag, den 29. April 1926: Vorkonferenz. Vortrag: „Wahrschritt und Wahlalter“. Herr Doranblüth.

Freitag, den 14. Mai 1926: Vortrag: „Emil Ludwig über Wilhelm II.“ Frau E. Habe.

Donnerstag, den 3. Juni 1926: „Politische Aussprache“.

Donnerstag, den 17. Juni 1926: Vortrag: „Bernhard Shaw und seine Auseinandersetzung mit den Fragen der Gegenwart.“ Frau Oberin Dornhoff.

Veränderungen vorbehalten.
Für die Sommermonate sind regelmäßige wöchentliche Zusammenkünfte in Gartenlokale geplant. Die Bekanntmachung erfolgt durch Politischen Wegweiser und hallesche Nachrichten.
Der Vorstand.

Für einen jungen abgeordneten Beamten (Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei) wird um Nebenbeschäftigung irgendwelcher Art gebeten. Offerten nimmt unter Nr. 49 unierer Partei-Geschäftsstelle in Halle, Leipzigerstraße 21, gegen Entgelt. Doleifich auch nähere Auskunft über die Person des Bewerbers.

Halle. Die Landtagsabgeordnete, Studentin Fräulein Dr. Kausner, sprach in einer von der Frauengruppe und dem Verein der D. D. P. gemeinsam einberufenen Versammlung über „Das neue Italien“. Die Rednerin erwarb sich als eine vorzügliche Kennerin und Beurteilerin der italienischen Verhältnisse über die sie auf Grund ihrer persönlichen Beziehungen und Verbindungen mit hervorragenden Führern der Opposition gegen das faschistische Gewaltregime eine eindrucksvolle Schilderung geben konnte. Im Lande selbst darf es keiner dieser Führer mehr wagen, gegen die Diktatur Mussolinis aufzutreten. Wer es versucht, wurde mit rücksichtsloser Brutalität an Leib und Leben geföhrt. Diese Verfolgung geht sogar bis über die Landesgrenzen hinaus. Wer im Ausland auch nur verdächtig ist, gegen den Faschismus zu arbeiten, dessen gesamtes Eigentum an Besitz und an Grund und Boden wird ohne weiteres vom Staat eingezogen und der Betroffene selbst wird für vogelfrei erklärt. Keine Zeitung kann es wagen, wahrheitsgemäße Schilderungen über das faschistische Schreckensregime zu veröffentlichen. Die oppositionelle Presse ist durch Beschlagnahme ihres Besitze und ihres ganz Besitze mundtot gemacht. Im gleichen Maße verfährt man mit dem Parlament. Die Opposition wird einfach hinausgeschoben. Bei den letzten Wahlen, die durch brutale Gewalttakte der Regierung, für die Rednerin mehrfach Beweise anführte, zu einem faschistischen Sieg führte, mußten die faschistischen Truppen 2 Pro zente ihres Aktienkapitals auf Befehl des Diktators dem Faschisten der Regierung überwiehen. Und doch ist die eigentliche Stimmung des italienischen Volkes so, daß bei wirklicher Maßfreiheit eine starke Mehrheit gegen den Faschismus votieren würde. Dieser hat sich nur vermöge seiner brutal angewendeten Gewalt. Das Volk bricht unter geradezu ungeheurer Steuerlast fast zusammen, aber der Großbesitz ist der Gelobter Mussolinis. In anfänglicher Schilderung wies die Rednerin dann darauf hin, wie die Aufrichtung solcher Gewalt Herrschaft in Italien möglich war. Den Hauptanteil daran tragen die von den Sozialisten jahrelang begangenen wirtschaftspolitischen Fehler. Die Parole: Sozialisierung um jeden Preis“ und die damit zusammenhängenden Gewaltakte haben den Boden für den Faschismus bereitet. Dieser läßt heute natürlich rücksichtslos um sein weiteres Bestehen. Aber das unter den Prägen eines Mussolini gestellt sich auflösende Rom kann nicht von Dauer sein. Es trägt den Keim der Zerklebung in sich und wird einem geistig auflösenden Italien Platz machen müssen. Die interessanten Ausführungen der Rednerin fanden in der Versammlung reichen Beifall.

Halle. Zu dem von Fräulein Müller in der Versammlung der Jugenddemokraten gehaltenen Vortrage über „Die große Revolution“ wird uns von berufener Seite noch folgendes geschrieben: Die gedrängten Ausführungen gaben Anlaß über eine gemaltige gefesellschaftliche Entwicklung, die 3 Jahrhunderte ausfüllen, die Weltzeit brachte. Die Renaissance ist mehr als ein „Wiedergeburt“ des Griechentums. Sie bringt ein ganz neues Lebensgefühl: Der göttliche Einheitsmensch mit seiner geistig-geistlichen Enge und Gebundenheit — wird abgelöst durch den leidenschaftlichen, freien, unvoreiligen Kulturmenschen der Renaissance. Der Gemeinschaftsgedanke, der in der Ausprache als eine Hauptidee der Gegenwart hervorzuheben wurde, wurde in der Renaissance sehr stark in den Hintergrund gedrängt durch das Ideal der „freien Persönlichkeit“.

Druckgruppe Reipensfeld. Montag, den 26. April, abends 8 Uhr Zusammenkunft im „Cäcilien Hof“ (Versammlungssaal) Bericht über Vertretertagung in Halle.

Merseburg. Die Generalversammlung der Deutschen Demokratischen Partei fand im Ratsefel statt. Sie war außerordentlich zahlreich besucht. Im Vordergrund des Interesses standen Organisationsfragen. Aus den Berichten ging hervor, daß im vergangenen Jahre die demokratische Bewegung bedeutende Fortschritte gemacht hat. U. a. wurden die Vorkonferenzen vorgenommen, die folgendes Ergebnis hatten: 1. Vorsitzender Dr. Kühnlein, 2. Vorsitzender Oberstretär Zehrer, 3. Vorsitzender Zweite-Vorsitzender Corneil, Schriftführer Lehrer Billaardt, Kassierer Oberstretär Reht. — In der Ausprache wurde eingehend über die von verchiedenen Listen angeregte Form des Reichstagswahlrechts, besonders über eine etwaige Verfeinerung der Reichswahlkreise, debattiert.

Druckgruppe Bitterfeld. Mittwoch, den 28. April, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Eichamt“. Bericht über die Vertretertagung in Halle.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Müll, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Alte Ztg.), Delitzsch.

